

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis viertel-
jährlich 1 Mk., durch die Post
ins Haus gebracht 1.12 Mk. /
Mitglieder des Gewerbevereins
für Nassau erhalten das Blatt
umsonst / Alle Postanfragen
nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerksskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsspaltige
Zeile 40 Pfg.; kleine An-
zeigen für Mitglieder 30 Pfg. /
Bei Wiederholungen Rabatt /
für die Mitglieder des Gewerbe-
vereins für Nassau werden 10
Prozent Sondernabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 28. Septbr.

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Aufruf — Bekanntmachung
des Zentralvorstandes — Zur Ausgestaltung des Fort-
bildungsschulwesens — Aus Nassau — Kurze Mitteilungen
— Handwerkskammer Wiesbaden.



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre

steht:

Jakob Buchs aus Deringen, Mitglied
des Völkergewerbevereins Kirberg.

Ehre seinem Andenken!

Aufruf!

„Es wird das Jahr stark und scharf her-
gehen. Aber man muß die Ohren steif
halten, und Jeder, der Ehre und Liebe fürs
Vaterland hat, muß alles daran setzen.“
Dieses Wort Friedrich des Großen müssen
wir uns mehr denn je vor Augen halten.
Ernst und schwer ist die Zeit, aber weiter-
kämpfen und wirken müssen wir mit allen
Kräften bis zum ehrenvollen Ende. Mit
voller Wucht stürmen die Feinde immer
aufs neue gegen unsere Front an, doch stets
ohne die gewollten Erfolge. Angesichts des
unübertrefflichen Heldentums draußen sind
aber der Dahingeblichenen Kriegsleiden
und Entbehrungen gering. An alles dies
müssen wir denken, wenn jetzt das Vater-
land zur 9. Kriegsanleihe ruft. Es geht
uns Ganze, um Heimat und Herd, um Sein
oder Nichtsein unseres Vaterlandes. Daher
muß jeder Kriegsanleihe zeichnen!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Schulvorstände, Leiter und Lehrer
der gewerblichen Fortbildungsschulen.

Bez. Schulzeichnung der 9. Kriegsanleihe
in den gewerblichen Fortbildungsschulen.

Die 9. Kriegsanleihe wird dieser Tage
zur Zeichnung aufgelegt, und es müssen
alle Kräfte angestrengt werden, um dieser
Anleihe wiederum zu einem vollen Erfolg
zu verhelfen. Wie bei den früheren Kriegs-
anleihen, haben sich auch die gewerblichen
Fortbildungsschulen wiederum in den
Dienst des Vaterlandes zu stellen. Alle
Lehrer der gewerblichen Fortbildungs-
schulen werden angewiesen, im Unterricht
die Bedeutung der 9. Kriegsanleihe und die
Notwendigkeit deren Zeichnung zu behan-

deln, wobei besonders auf die Wichtigkeit
der kleinen Zeichnungen hinzuweisen ist.

Die Schulleiter haben dafür Sorge zu
tragen, daß eine Schulzeichnung für die
9. Kriegsanleihe eingerichtet wird, und
zwar entweder als eine selbständige Ein-
richtung der Schule oder in Anlehnung an
die Einrichtung der Volksschule. Wir ver-
weisen wiederum auf die von der Nassau-
ischen Landesbank für Kleinzeichnungen ge-
troffene Einrichtung, die zuletzt in Nr. 41
ds. Bl. vom 17. Oktober 1917 angegeben
wurde und über die jede Landesbankstelle
nähere Auskunft gibt.

Die Schulzeichnung wolle außer den
Schülern auch anderen Personen zugäng-
lich gemacht werden. Der Erfolg der Schul-
zeichnung ist mit der Gesamtsumme und der
Anzahl der Posten bis zum 1. November
ds. Js. hierher mitzuteilen. Fehlanzeige
ist nicht erforderlich.

Wiesbaden, den 20. September 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Zur Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens.

Von Gewerbeschulinspektor Frz. Kern, Wiesbaden.

In den letzten Jahrzehnten hat das
Fortbildungsschulwesen in allen deutschen
Staaten gewaltigen Aufschwung genommen
und die Mehrzahl der deutschen Bundes-
staaten ist bereits dazu übergegangen, den
gesetzlichen Schulzwang für alle der Volks-
schulpflicht entwachsenen Knaben und Mäd-
chen einzuführen in der klaren Erkenntnis,
daß die Berufsschulung der schulentlassenen
Jugend für unser Volksleben von größter
Wichtigkeit ist. Nachdem in Süddeutschland
der gesetzliche Schulzwang schon seit Jahr-
zehnten bestand und auch viele kleinere
Staaten Mittel- und Norddeutschlands die-
sem Beispiel gefolgt sind, hat Bayern in
den letzten Jahren sein Fortbildungsschul-
wesen neu geordnet und weiter ausgestaltet.
Nunmehr hat auch Baden, das von jeher
bezüglich der Fortbildungsschulen und des
gewerblichen Unterrichtswesens bahnbrechend
vorging, durch ein neues Fortbildungs-
schulgesetz die Unterlage geschaffen für die
zeitgemäße Neuordnung des Fortbildungs-
schulwesens, die bis zum Jahre 1922 durch-
geführt sein soll. Es dürfte allgemein von
Interesse sein, die geplante Neuordnung
kennen zu lernen. Die Regierung ließ sich
bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs von dem
Gedanken leiten, „daß es heutzutage
die erste Pflicht des Staates sei,
alles daran zu setzen, um die von
dem Kriege besonders hart be-
troffenen Volksteile aufzurich-
ten und neu zu beleben, sie durch
Förderung und Hebung ihrer
sittlichen und intellektuellen
Kräfte mit dem notwendigen
Rüstzeug für den Wiederaufbau
des zerstörten auszustatten und
sie so zu verständnisvoller und

erfolgreicher Mitarbeit an den
großen und bedeutenden Auf-
gaben der Gesamtheit zu be-
fähigen.“

Baden zählt z. Bt. etwa 60 Gewerbe-
schulen, von denen 27 Handelsabteilungen
haben, 12 Handelsschulen, 145 gewerbliche
Fortbildungsschulen und 15 landwirtschaft-
liche Winterschulen. Außer diesen fach-
lichen Berufsschulen bestehen in jeder Ge-
meinde noch allgemeine Fortbil-
dungsschulen, die gemäß des Gesetzes
von 1874 einzurichten waren. Die Gewerbe-
schulen, Handelsschulen und gewerblichen
Fortbildungsschulen werden ausschließlich
von Lehrlingen beiderlei Geschlechts aus
Handwerk, Handel und Industrie besucht,
und der Schulbesuch ist durch Ortsstatuten
geregelt. Wer diese Schulen besucht, ist
vom Besuch der allgemeinen Fortbildungs-
schule befreit. Die Gewerbeschulen unter-
scheiden sich von den gewerblichen Fortbil-
dungsschulen dadurch, daß sie drei auf-
steigende Jahresklassen haben und an ihnen
unterrichtet ausschließlich im Hauptamt
tätige, technisch gebildete und staatlich ge-
prüfte Gewerbelehrer, während an den ge-
werblichen Fortbildungsschulen, die nur
zwei Jahrgänge aufweisen, ausschließlich
Volksschullehrer unterrichten und zwar
entweder nebenamtlich oder im Hauptamt.
Im letzten Fall hat ein Lehrer an mehreren
benachbarten Schulen zu unterrichten.

An den allgemeinen Fortbildungsschulen
erstreckte sich die Schulpflicht nach dem Ge-
setz von 1874 für die Knaben auf zwei Jahre
und für die Mädchen auf ein Jahr nach der
Entlassung aus der Volksschule. Die Min-
destunterrichtszeit war auf zwei Stunden
wöchentlich festgesetzt, wobei den Gemeinden
das Recht auf Erhöhung zustand. Von
diesem Recht machten eine größere Anzahl
Gemeinden Gebrauch. Für Mädchen war
bereits seither hauswirtschaftlicher Unterricht
gemäß der Verordnung von 1891 vorge-
sehen, und über die Hälfte der fortbildungs-
schulpflichtigen Mädchen erhielt bisher schon
hauswirtschaftlichen Unterricht, wofür auch
für kleinere Gemeinden dadurch gesorgt
war, indem für mehrere Gemeinden ge-
meinsame Haushaltungsschulen eingerichtet
waren.

Die Leistungen der allgemeinen Fort-
bildungsschulen konnten nicht befriedigen,
da die Unterrichtszeit zu kurz ist. Das
nunmehr von beiden Kammern angenom-
mene neue Fortbildungsschulge-
setz bringt aber nicht nur eine Erweiterung
der Unterrichtszeit, sondern auch eine
völlige Neugestaltung der Fortbildungs-
schulen aufgrund der gesammelten Erfah-
rungen. Nach § 1 des Gesetzes soll die all-
gemeine Fortbildungsschule, die als eine
Fortsetzung der Volksschule angesehen
wird, den Zweck haben, „die in der
Volksschule gepflegten sittli-
chen, geistigen und körperlichen
Fähigkeiten und Kräfte, sowie
die in ihr erworbenen Kennt-
nisse als Grundlage für das
Leben in Staat und Beruf zu
festigen und weiter zu entwik-

Lein". Die Fortbildungsschulpflicht wird für die Knaben auf drei und für die Mädchen auf zwei Jahre nach Entlassung aus der Volksschule ausgedehnt. Die Gemeinden können durch statutarische Bestimmungen auch für die Mädchen die Schulpflicht auf drei Jahre ausdehnen. Von der Schulpflicht sind nur die jungen Leute entbunden, die eine staatliche höhere Lehranstalt oder eine Fachschule (Gewerbe- oder Handelsschule oder gewerbliche Fortbildungsschule) besuchen. Im allgemeinen haben die Schulpflichtigen die Fortbildungsschule ihres Wohnorts zu besuchen; jedoch kann eine Gemeinde durch statutarische Bestimmungen festlegen, daß die am Orte Beschäftigten auch ebenda schulpflichtig sind.

Der Unterricht soll allgemein bildend und erzieherisch wirken und, ohne Fachunterricht zu sein, in enge Beziehung zu dem Berufs- und Gemeinschaftsleben der Schüler treten. Die Mädchen sollen sowohl für das Haus wie auch für selbständigen Erwerb herangebildet werden. Nur ausnahmsweise sind Knaben und Mädchen im Unterricht zu vereinen. Die Unterrichtsfächer sind für Knaben: Religion, Deutsch, Rechnen und Lebenskunde, für Mädchen: Religion, Deutsch, Rechnen und Hauswirtschaftskunde mit Pflege des Kleinkindes und Lebenskunde. Dazu kommt für Knaben Turnen. Für Religions- und Turnunterricht soll je eine, für die übrigen Fächer sollen zusammen vier Wochenstunden angesetzt werden. Dem Ermessen der Gemeinde steht es anheim, die Zahl der Unterrichtsstunden bis auf 12 zu erhöhen und noch andere Unterrichtsfächer einzuführen. Für vorwiegend land- und guttreibende Gemeinden kann die Unterrichtszeit auf 180 Jahresstunden, von denen je 20 auf Religion und Turnen kommen, ermäßigt werden. Für Knaben soll die Lebens- und Berufskunde, für Mädchen die Hauswirtschaftslehre Mittelpunkt des Unterrichts sein. Der Turnunterricht soll der körperlichen Ertüchtigung dienen und der militärischen Ausbildung vorarbeiten, ohne aber in Soldatenspielerlei auszuarten. Die Jugenpflege soll im Anschluß an die Fortbildungsschule erfolgen.

Der Unterricht darf nur an Werktagen erteilt werden. Als Unterrichtszeit kommen in der Regel die Stunden von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr in Betracht. Die Schülerzahl in einer Klasse soll in der Regel nicht mehr als 30 und beim Kochen nicht über 24 betragen.

Der Unterricht in der allgemeinen Fortbildungsschule wird durch Volksschullehrer erteilt, wobei nach Möglichkeit die Lehrer hauptamtlich im Fortbildungsschuldienst verwendet werden sollen. Dies wird dadurch ermöglicht, daß aus mehreren Gemeinden Fortbildungsschul-Verbände errichtet werden zu dem Zwecke, entweder eine gemeinsame Verbandschule zu errichten, oder aber einen Verbandslehrer für mehrere Gemeinden anzustellen, der an allen diesen Gemeinden den Unterricht erteilt. Derartige Verbände bestehen in Baden schon jetzt, und zwar 229 für Volksschulen, 101 für Haushaltungsschulen und 27 für gewerbliche Fortbildungsschulen, in denen bis zu 16 Gemeinden zusammengeschlossen sind. Als benachbart gelten Gemeinden, die bis zu sechs Kilometern voneinander entfernt sind. Solche Gemeinden können auf dem Verwaltungswege gezwungen werden, einem Verband beizutreten, wenn sie sich nicht freiwillig dazu entschließen. Im übrigen hat jede Gemeinde eine Fortbildungsschule einzurichten.

Die Gemeinden haben den gesamten sachlichen Aufwand (Schulräume, Einrichtung, Lehrmittel, Turngeräte usw.) zu tragen und die nebenamtlich erteilten Unterrichts-

stunden zu zahlen, wobei Leistungsschwache Gemeinden Staatszuschüsse erhalten können. Zum Gehalt der hauptamtlich angestellten Lehrer leistet die Gemeinde einen festen Beitrag, der für einen Hauptlehrer 1500 M und für einen Unterlehrer (unständig angestellt) 850 M beträgt. Die Kosten des Religionsunterrichts trägt die betreffende Religionsgemeinschaft und die des Turnunterrichts der Staat.

Die Ausdehnung der Schulpflicht und der Unterrichtszeit soll spätestens bis zum Jahre 1922 durchgeführt sein. Den Gemeinden steht es aber frei, sie von sich aus schon früher durchzuführen; im übrigen sind die Bestimmungen des Gesetzes vom Tage seiner Verkündung an wirksam.

Wie daraus hervorgeht, bringt das Gesetz einen großen Fortschritt im Fortbildungsschulwesen, und Baden gehört zu den Staaten, die vorbildlich vorgegangen sind und die Schwierigkeiten der Verhältnisse während des Krieges nicht gescheut haben, dieses für unser Volksleben und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wichtige Schulwesen zeitgemäß zu ordnen.

(Schluß folgt.)

Aus Nassau.

Anträge zur Errichtung von Zwangsinnungen sind bei dem Herrn Regierungspräsidenten für nachverzeichnete Handwerkszweige gestellt worden:

1. Für alle im Landkreise Wiesbaden und im Rheingaukreise das Schneiderhandwerk betreibende Handwerker.
2. Für alle im Landkreise Wiesbaden das Baderhandwerk betreibende Handwerker.
3. Für alle im Kreise St. Goarshausen das Sattler-, Tapezierer- und Polstererhandwerk betreibende Handwerker.

Mit der Durchführung des gesetzlichen Abnahmungsverfahrens wurde zu 1 und 2 der Landrat in Wiesbaden und zu 3 der Landrat in St. Goarshausen als Kommissar beauftragt.

Kurze Mitteilungen.

* Erleichterungen für die Zeichnung auf die Kriegsanleihe bei der Nassauischen Landesbank und Nassauischen Sparkasse.

Zur Förderung der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe hat die Direktion der Nassauischen Landesbank auch diesmal wieder Einrichtungen getroffen, welche die Beteiligung an der Zeichnung tunlichst erleichtern. Neben den Kapitalisten sind es in erster Linie die Sparer, die in der Lage und berufen sind, bei der Zeichnung tätig mitzuwirken. Die Nassauische Sparkasse verzichtet in solchen Fällen auf Einhaltung der Kündigungsfrist, falls die Zeichnung bei einer ihrer 200 Kassen oder den Kommissaren und Vertretern der Nassauischen Lebensversicherungs-Anstalt erfolgt.

Die Berechnung auf Grund des Sparkassenbuches geschieht so, daß kein Tag an Zinsen verloren geht und zwar bereits zum 20. September d. J.

Um auch denjenigen, die zurzeit nicht über ein Sparguthaben oder über bare Mittel verfügen, solche aber in absehbarer Zeit zu erwarten haben, die Beteiligung an der Zeichnung zu erleichtern, werden Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren, die von der Nassauischen Sparkasse begeben werden können, zu dem Zinssatz der Darlehnskasse (5%) und gegen Verpfändung von Landesbank-Schuldverschreibungen zu dem Vorzugszinsfuß von 5% gewährt. In beschränktem Maße soll diesmal auch der Hypothekenkredit für Zeichnungszwecke in Anspruch genommen werden können. Die Höhe der Hypothekendarlehen im Einzelfall ist auf 10.000 M beschränkt, der Zinsfuß beträgt 4%.

Zeigner, denen sofortige Lieferung von Stücken erwünscht ist, können solche der 7. Kriegsanleihe aus den Beständen der Nassauischen Landesbank erhalten. Die so abgekauften Beträge zeichnet die Landesbank voll auf die 9. Kriegsanleihe für eigene Rechnung.

Der Verwendung künftigen Vermögenserwerbs für Zeichnungszwecke dient die von der Landesbank in Verbindung mit der Gelsen-

Nassauischen Lebensversicherungs-Anstalt bereits bei der 6., 7. und 8. Kriegsanleihe eingeführte Kriegsanleihe-Versicherung. Um Jedermann Gelegenheit zur Benutzung dieser dem Zeichner und Vaterland gleich vorteilhaften Einrichtung zu bieten, sind diesmal drei Versicherungsmöglichkeiten eingeführt worden: Die Kriegsanleihe-Versicherung mit Anzahlung, ohne Anzahlung sowie mit Prämienvorauszahlung und Rückerstattung der nicht verbrauchten Prämien im vorzeitigen Todesfalle. Alles weitere ist aus den überall erhältlichen Drucksachen zu ersehen.

Die Nassauische Landesbank nimmt die Stücke sämtlicher Kriegsanleihen unentgeltlich bis 31. Dezember 1920 in Verwahrung und Verwaltung (Hinterlegung) und löst die Zinscheine sämtlicher Kriegsanleihen ebenfalls unentgeltlich bei ihren 200 Kassen ein.

Die Zeichnung auf die Kriegsanleihe kann nicht nur bei der Hauptkasse der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden (Rheinstraße 44), sondern auch bei sämtlichen 28 Landesbankstellen, den 190 Sammelstellen der Nassauischen Sparkasse, bei den Kommissaren und Vertretern der Nassauischen Lebensversicherungs-Anstalt und sonstigen Vertrauensmännern erfolgen.

Es wird dringend empfohlen, die Zeichnungsanmeldungen nicht auf die letzten Tage der Zeichnungsfrist zusammenzudrängen, damit eine ordnungsmäßige Abfertigung der Zeichner ermöglicht wird.

Die Zeichnungen bei der Nassauischen Landesbank und Sparkasse betrugen bei den ersten Kriegsanleihe 27 Millionen Mark, bei der zweiten 42 Millionen Mark, bei der dritten 48 Millionen Mark, bei der vierten 46½ Millionen Mark, bei der fünften 46 Millionen Mark, bei der sechsten 56½ Millionen Mark, bei der siebenten 55½ Millionen Mark, bei der achten 62½ Millionen Mark; insgesamt also 384½ Millionen Mark, einschließlich der namhaften Beträge, die von dem Bezirksverband, der Nassauischen Brandversicherungs-Anstalt, der Nassauischen Landesbank und Nassauischen Sparkasse selbst gezeichnet wurden. Für die neunten Kriegsanleihe werden diese Institute voraussichtlich mit den gleichen Beträgen beteiligen, wie bei den früheren Anleihen. Es darf erwartet werden, daß auch die Bezirks-Eingekessenen sich wiederum in gleicher Weise, wie bei der letzten Anleihe an der Zeichnung beteiligen und damit dem Vaterland einen wichtigen Dienst leisten. sich selbst aber eine günstige Kapitalanlage sichern.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Protokoll

der 27. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 27. Juni 1918 im Bürgeraal des Rathauses zu Wiesbaden.

(Schluß.)

Punkt 9 der Tagesordnung: Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

Den Bericht hierüber erstattet Herr Feger. Er beantragt namens des Vorstandes die Entschädigung für die Prüfungsausschüsse bei der Geleitenprüfung (bisher 5.— M. täglich) um 100 Prozent und bei der Meisterprüfung bisher die Stunde 1.— M. um 50 Prozent zu erhöhen.

Der Antrag wird angenommen.

Punkt 10 der Tagesordnung: Erhöhung der Prüfungsgebühren.

Hierzu berichtet ebenfalls das Vorstandsmitglied Feger-Hallenstein. Er beantragt namens des Vorstandes die Geleitenprüfungsgebühr von 6.— M. auf 10 M., die Meisterprüfungsgebühr für Maurer, Zimmerer, Steinmetze und Schornsteinfeger von 30.— M. auf 40 M., für die übrigen Handwerke von 20.— M. auf 30.— M. zu erhöhen.

Der Antrag des Vorstandes wird angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung: Schaffung einer Handwerks- und Gewerbezeitung für den Kammerbezirk.

Herr Dr. Frankhult a. M. berichtet namens des Vorstandes über die seit 1916 geführten Verhandlungen betr. Schaffung einer Handwerks- und Gewerbezeitung, anstelle der bisherigen drei Verkündigungsblätter der Kammer. Die Angelegenheit ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Vorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, der Vollversammlung vorzuschlagen, sich grundsätzlich mit der Schaffung eines einheitlichen Blattes für den Kammerbezirk einverstanden zu erklären und zunächst einen Betrag von 3000.— M. dafür in den Haushaltsplan einzustellen. Er erucht die Vollversammlung diesem Beschluß beizutreten und die 3000 M. zu bewilligen.

Dr. Frankhult ist für die Schaffung eines ein-

Frei!m!

ermittlungsfeld:

Auf Grund der unfehend abgedruckt

Mark

5% Deutsche Reichsanleihe Stücke

(Neunte Kriegsanleihe)
in nützlicher Stückelung zum Preise von 98 Mark für 100 Mark Nennwert mit Verzinsung von 5% Stückzinsen und Verzinsung zu deren Abnahme

30.5 September 1918
wünsche

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

30%
25%
25%

1918

Zeichnung

(vom Staat)

heitlichen Handwerkerblättern für den Kammerbezirk. Er erachtet die Sache so zu fördern, daß sie nach Friedensschluß ins Werk gesetzt werden könne; er warnt vor einer Uebereilung und fordert, daß die redaktionelle Leitung einem tüchtigen und erfahrenen Fachmann übertragen wird.

Kaltwasser-Wiesbaden begrüßt ebenfalls die Schaffung einer einheitlichen Handwerkerzeitung für den Kammerbezirk. Jetzt seien die Organisationen oft gezwungen in mehreren Blättern zu inserieren. Er tritt ebenfalls dafür ein, die Sache so zu fördern, daß das Blatt mit dem Kriegsende erscheine. Die Sache sei eben dadurch günstig, weil das dritte Verbandsorganblatt der Kammer, die „Frankfurter Handwerks- und Gewerbezeitung“ ihr Erscheinen eingestellt habe. Der Antrag des Kammervorstandes wird einstimmig angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung: Festlegung des Haushaltsplanes pro 1918/19; hierzu Antrag des Vorstandes betr. Kriegszulagen für die Beamten.

Der im Entwurf vorliegende Haushaltsplan für 1918/19 ist jedem einzelnen Mitglied mit der Einladung zur heutigen Vollversammlung zugestellt worden.

Mit Rücksicht auf die Forderung beantragt der Vorstand durch das Vorstandsmitglied Aug. Frankfurt a. M. für die noch vorhandenen nicht beim Heere befindlichen Beamten der Kammer eine Kriegszulage von 20 Prozent der gegenwärtigen Gehälter ab 1. April zu bewilligen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Antrag des Herrn Jeger werden die 20 Prozent Feuerungszulagen auch für die Entschädigungsfälle der Vorstehenden einstimmig bewilligt.

Daraufhin wird der Haushaltsplan einstimmig angenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung: Festlegung des Prozentfußes für Veranlagung der Gemeinden.

Der Vorstand der Kammer beantragt durch den Syndikus den Prozentfuß für die Veranlagung der Gemeinden auf 16 Prozent der Gewerbesteuer zu erhöhen.

Schenderlein-Homburg schlägt vor, den Prozentfuß auf 16½ Prozent zu erhöhen, um das Rechnungsverfahren zu vereinfachen.

Der Antrag Schenderlein wird einstimmig angenommen.

Punkt 14 der Tagesordnung: Gemeinnützige Möbelbeschaffung.

Das Vorstandsmitglied Stadtrat Meier berichtet ausführlich über die Beweggründe (erschwerter Materialbeschaffung, kolossale Preissteigerung der Rohmaterialien, große Zahl der Kriegstraunungen und der nach dem Kriege zu erwartenden Geschleichen, Preissteigerung auf dem allgemeinen Möbelmarkt, sowie die Beseitigung der Schäden der Abzählungsgeschäfte), welche die Schaffung einer gemeinnützigen Möbelvertriebsgesellschaft für Möbel in Frankfurt am Main notwendig machen. Die Gründungsversammlung findet am 6. Juli statt. Diese gemeinnützige Stelle soll den Zweck erfüllen, den der Herr Minister für Handel und Gewerbe durch Erlass vom 12. Dezember 1917 anträgt. Das Gründungskapital beträgt 336 000 Mark. Zweck der Gesellschaft ist, einwandfreie, billige Haushaltsmöbel herstellen zu lassen und die minderbemittelte Bevölkerung des Kammerbezirks in geeigneter Weise mit ihm zu versorgen. Die Handwerkskammer ist an der Gesellschaft beteiligt und wird als Auftragnehmer bzw. Geber zwischen der Gesellschaft und der Versicherungs-Genossenschaft der Schreiner und Tapezierer zu Wiesbaden, die sich über den ganzen Kammerbezirk erstreckt, stehen. Benötigt werden voraussichtlich mindestens 6000 Wohnungseinrichtungen im Werte von 9 Millionen Mark. Durch die Vertriebsgesellschaft wird auch voraussichtlich die Verteilung von Rohstoffen für die Möbelherstellung an die Genossenschaften erfolgen. Der Bericht wird beifällig aufgenommen.

Punkt 15 der Tagesordnung: Ausweitung der Einkünfte und Einkünftegründe. In Verhinderung des Berichterstatters Hans Viehbock berichtet Schanz-Frankfurt ausführlich darüber.

Punkt 16 der Tagesordnung: Änderung des Wahlrechts zu den Handwerkskammern.

Das Vorstandsmitglied Jeger-Falkenstein berichtet über diesen Punkt und weist auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung hin, nach welchen heute nur die Innungen, reinen Handwerksvereinigungen und Gewerbevereine, soweit letztere mindestens zur Hälfte aus Handwerkern bestehen, ein Stimmrecht besitzen. Unter diesen gelegentlichen Bestimmungen haben viele Gewerbevereine gelitten, und viele Handwerker vom Wahlrecht ausgeschlossen. Der deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag hat sich nun damit beschäftigt, und unsere Kammer durch die Handwerkskammer Bismarck in dieser Angelegen-

heit zur Klärung aufgefordert. Letztere Kammer teilt als Richtlinien des Geschäftsführenden Ausschusses des Kammertags mit:

„Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag erkennt an, daß nach den bisherigen Vorschriften über die Wahlen zur Handwerkskammer nach § 103a der Reichsgewerbeordnung weite einschneidende Kreise des deutschen Handwerks, insbesondere Kreise, von der Mitbestimmung für die Wahl der Vertreter zur Handwerkskammer ausgeschlossen sind.“

Um das durch den Krieg geschädigte Handwerk so schnell als möglich wieder voll leistungsfähig zu gestalten, ist es notwendig, alle im Handwerk schlummernden Kräfte zur tätigen Mitarbeit bei der Vertretung des Handwerks heranzuziehen.

Als ein geeignetes Mittel hierzu empfiehlt der Kammertag für die Wahlen zur Handwerkskammer die Einführung eines allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts für alle selbständigen Handwerker, die ihren Betrieb gemäß § 14 der Reichsgewerbeordnung angemeldet und mindestens drei Jahre im Kammerbezirk ausgeübt haben.

Für Hebung des Ansehens des Handwerkerstandes ist es notwendig, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Vollversammlung, soweit dieses noch nicht durch die einzelnen Wahlordnungen geschehen ist, den Handwerkskammern zu übertragen.

Der Vorstand hat sich dem nicht ganz anschließen können, vielmehr wie folgt Stellung dazu genommen:

„Auf das bezügliche Schreiben der Handwerkskammer Bismarck erklärt der Vorstand sich für das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Handwerkskammer, für die organisierten Handwerker, sowie für die Beibehaltung der bisherigen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen durch die Regierung.“

Die Versammlung tritt dem Vorstande einstimmig bei.

Punkt 17 der Tagesordnung: Rohstoffversorgung des Handwerks.

Der Syndikus berichtet hierüber eingehend. Die Rohstofffrage ist die allerwichtigste, die für das Handwerk besteht. Eine Fülle von Aufträgen sei nach dem Kriege zu erwarten, nähsten aber dem Handwerker nichts, wenn er nicht über die erforderlichen Rohstoffe verfügt. Redner schildert die Knappheit der Rohstoffe und der Transportmittel, berichtet über die Absichten des Reichs und über die Durchführung der Bedarfsfeststellung und Organisation, die Beteiligung der Handwerkskammern, die bisherigen Vorarbeiten und weist auf die Bestrebungen der Industrie hin die Rohstoffe ganz zu erfassen und ihrerseits das Handwerk zu beliefern. Der Syndikus betont demgegenüber, daß die Anerkennung des Handwerks als selbständiger Wirtschaftskörper auch in dieser Sache gefordert werden müsse. Nachdem er noch mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der reiblosen Organisation des Handwerks betont hatte, empfiehlt er die Annahme folgender Entschließung:

„Die Vollversammlung der Handwerkskammer fordert, daß auch bei der Rohstoffversorgung das

Handwerk als selbständiger Wirtschaftskörper durch das Reich anerkannt und ihm sein Anteil an Rohstoffen zur eigenen Verwaltung zugeteilt wird; sie protestiert dagegen, daß das ganze Material der Industrie überwiesen und hier die Belieferung des Handwerks überlassen wird.“

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kammermitglieder Hande und Buchwald-Frankfurt a. M., Köber-Viebrich und der Syndikus.

Die vom Berichterstatter vorgeschlagene Entschließung fand einstimmig Annahme.

Punkt 18 der Tagesordnung: Anträge von Mitgliedern.

Da sich auf Anträge des Vorsitzenden niemand zu Wort meldet, wird zu Punkt 19 der Tagesordnung „Verschiedenes“ übergegangen.

Kaltwasser-Wiesbaden nimmt Bezug auf den interessanten und überaus lehrreichen Verlauf des letzten Verbandstags des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein in Ebern und bedauert, daß gelegentlich desselben nicht alle Mitglieder des Ausschusses für Genossenschaftswesen der Kammer anwesend waren. Er gibt deshalb dem Wunsche Ausdruck, daß bei derartigen Versammlungen wie auch bei den Vollversammlungen des deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages außer Vertretern des Vorstandes auch stets ein, oder noch besser zwei Kammermitglieder abgeordnet werden möchten, was zur Weiterbildung und Festigung der Mitglieder in den Handwerkertragen von unschätzbarem Nutzen sei.

Mit diesem Vorschlag erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Daraufhin schließt der Vorsitzende die Versammlung mit Worten des Dankes an die Erschienenen.

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Der Protokollführer:
Pfeiffer.

Betr. Das Handwerksamt in Wiesbaden.

Die Innungen und gewerblichen Vereinigungen zu Wiesbaden und Umgebung werden auf das Bestehen des Handwerksamts, Rheinstraße 42 aufmerksam gemacht. Bekanntlich ist dies Amt errichtet worden, um die Handwerker bei Einziehung ihrer Forderungen, Erledigung ihrer gerichtlichen, gewerbegerichtlichen und versicherungsrechtlichen Angelegenheiten, sowie bei der Ordnung ihrer Schuldverhältnisse, in Steuerangelegenheiten, bei der Buchführung und bei Kreditauskünften zu beraten und zu unterstützen. Wir empfehlen dringend von dieser Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen. Dadurch wird eine rasche und billige, zum Teil kostenlose Erledigung dieser Angelegenheiten erreicht werden können.

Wiesbaden, den 21. September 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Zeichnungen auf 9. Kriegsanleihe

werden kostenfrei entgegengenommen bei unserer Hauptkasse (Rheinstr. 44), den sämtlichen Landesbankstellen und Sammelstellen, sowie den Kommissaren und Vertretern der Hessen-Rassauischen Lebensversicherungsanstalt.

Für die Aufnahme von Lombard-Kredit zwecks Einzahlung auf die Kriegsanleihen werden 5% und, falls Landesbank-Schuldverschreibungen verpfändet werden, 5% berechnet.

Sollten Guthaben aus Sparkassenbüchern der Nassauischen Sparkasse zu Zeichnungen verwendet werden, so verzichten wir auf Einhaltung der Kündigungsfrist, falls die Zeichnung bei unseren vorgenannten Zeichnungstellen erfolgt.

Die Freigabe der Spareinlagen erfolgt bereits zum 30. September d. J., sodas für den Sparer kein Zinsverlust entsteht.

Zeichnern, denen sofortige Piefierung von Stücken erwünscht ist, geben wir solche der 7. Kriegsanleihe aus unseren Beständen ab und zeichnen diese Beträge wieder auf 9. Kriegsanleihe für eigene Rechnung.

Kriegsanleihe-Versicherung.

Drei Versicherungsmöglichkeiten

mit Anzahlung — ohne Anzahlung — mit Prämienvorauszahlung und Rückzahlung der unverbrauchten Prämien im Todesfalle.

Verlangen Sie unsere Drucksachen!

(Mitarbeiter für die Kriegsanleihe-Versicherung überall gesucht).

Wiesbaden, im September 1918.

Direktion der Nassauischen Landesbank.